

Ortlieb, Heinz-Dietrich

**Article — Digitized Version**

## Eine Frage des politischen Stils, oder mehr?

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Ortlieb, Heinz-Dietrich (1965) : Eine Frage des politischen Stils, oder mehr?,  
Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 45, Iss. 1, pp. 3-6

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133442>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Eine Frage des politischen Stils - oder mehr?

*„Es sind entweder göttliche Rechte, auf die die Interessenten pochen – sie fordern immer nur im Namen der Gerechtigkeit –, oder aber es ist das allgemeine Wohl, das die Erfüllung ihrer Wünsche verlangt... Die Ansprüche an den Staat wachsen in dem gleichen Maße wie das Gefühl für Eigenverantwortung verkümmert und schließlich erstickt... So aber schliedern wir zusehends und zunehmend in den perfekten Wohlfahrtsstaat, der jedes wahre Menschentum unterhöhlt und nun in eine gesellschaftliche Ordnung hineintreibt, die sich nicht mehr grundsätzlich, sondern nur noch graduell von totalitären Systemen unterscheidet. Jene Politiker leisten dem deutschen Volk den schlechtesten Dienst, die es in solchem billigen Verlangen unterstützen oder gar noch die Begehrlichkeit durch sogenannte Wahlgeschenke wecken. Das Immer-nur-streicheln-Wollen ist falsch am Platz, wenn es richtiger ist, durch einen mehr oder weniger sanften Backenstreich der Entartung zu steuern. Gewiß sind Äußerungen solcher Art nicht gerade populär; aber ich würde gern alle Konsequenzen tragen, wenn es gelingen könnte, das deutsche Volk auf seine Tugenden anzusprechen, denen wir die Errettung aus bitterer Not zu verdanken haben.“*

Ludwig Erhard

(in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 27. 8. 1960)

*„Weil ich kein Felsblock bin, sondern ein fühlender Mensch mit Verstand, mit Hirn und mit Herz, brauche ich die Zustimmung des deutschen Volkes, das ist mein Lebenselixier.“*

Ludwig Erhard

(aus der „Zeit“ vom 1. 1. 1965: „Worte des Jahres“)

**I**n der Vorbereitung der Bundestagswahlen hat die Praxis der Wahlgeschenke bei uns wachsende Bedeutung erlangt. Je unschärfer die Konturen der einzelnen Parteiprogramme werden, je weniger sie sich voneinander unterscheiden, desto mehr wetteifert man, den Wählern nicht nur nichts zuzumuten, sondern ihnen möglichst schon vor der Wahl einen Gabentisch zu bereiten. Allmählich dämmert es auch dem reinen Machtpolitiker, daß eine solche Praxis auf die Dauer uns allen (und daher auch ihm selbst) zum Verhängnis werden muß; denn sie bedeutet, daß immer wieder notwendige Entscheidungen hinausgeschoben und Ziele aufgestellt werden, die sich gegenseitig ausschließen.

Es ist sicherlich ein gutes Zeichen, daß die großen Tageszeitungen ebenso wie die Fachpresse auf diese Politik nie so scharf wie in den letzten Wochen reagiert haben; und man kann den Mahnern nur bescheinigen, daß sie diese Praktiken mit Überschriften wie „Wahlgeschenke statt großer Wirtschaftsreformen“ (FAZ vom 1. 12. 1964) und „Geschenke, die der Beschenkte bezahlt“ (FAZ vom 16. 12. 1964) richtig gekennzeichnet haben — obwohl im letzteren Falle die Formulierung: „Geschenke, die der Beschenkte sehr teuer bezahlen muß“ noch treffender gewesen wäre. Auch war man nicht gerade zimperlich in der Kennzeichnung jener Maßnahmen, wenn man von einem „nackten Bestechungsversuch“ sprach oder lakonisch feststellte, das Weihnachtsmannprinzip sei kein Ersatz für politische Führung.

Aber sind solche Worte wirklich zu hart? — Richtig ist jedenfalls, daß alles, was als „Wahlbonbon“ für „die Stimmungsmache“ bei breiten Wählerschichten geeignet erscheint, vorangeht, während die schon lange anstehenden großen Reformwerke (Aktienrecht, Sozialversicherung, Umsatzsteuer, Agrar-, Verkehrs- sowie Energiewesen usw.) liegen bleiben und man statt dessen den „billigeren“ Weg der halben Schritte wählt. Auch wird kaum überlegt, ob die Wahlgeschenke zueinander und zu den zwar aufgeschobenen, aber früher oder später unausweichlich werdenden Entscheidungen passen. Wenn man von der Hand in den Mund nur dem Heute lebt, mag man in der „Betriebsblindheit“ seiner kurzfristigen und partiellen Aspekte durchaus das Gefühl haben, sinnvolle Entscheidungen zu treffen. So können manche dem Ressortdenken und der Tagespolitik verhafteten „Staatsmänner“ und Parteipolitiker noch im guten Glauben handeln, wenn sie — weit entfernt davon, einem „Nach-mir-die-Sintflut-Denken“ zu huldigen — das Übermorgen dem Lieben Gott oder der Vorsehung überlassen. Aber können wir uns in der großen wie in der kleinen Politik eine solche Haltung heute noch leisten? Und ist es überhaupt wichtig, ob Haltungen und Entscheidungen, die unter makropolitischen Aspekten ihren leichtfertigen oder fahrlässigen Charakter erweisen, getroffen werden, weil die Verantwortlichen nicht wissen, was sie tun, oder weil sie sich nicht durchringen können, nach ihrer besseren Einsicht gegen ihren — vielleicht nur vermeintlichen — persönlichen machtpolitischen Vorteil zu handeln?

Natürlich hat diese Politik auch ihre Verteidiger gefunden. Aber abgesehen davon, daß diese Verteidiger meist gar nicht die katastrophalen Dauerwirkungen einer solchen Politik zu erkennen vermögen, läuft ihre Argumentation gewöhnlich darauf hinaus, in der Politik der Wahlgeschenke die schlechthin unvermeidliche Begleiterscheinung unserer Demokratie zu sehen, die wir hinzunehmen hätten, wenn wir die Vorteile unseres Systems genießen wollten. — Ein gefährliches Argument! Denn wenn es zuträfe, wäre damit auf die Dauer die Existenzfähigkeit unseres politischen Systems selbst in Frage gestellt.

Wir haben schon bei anderer Gelegenheit darauf hingewiesen (vgl. den einleitenden Artikel im WIRTSCHAFTSDIENST, Heft 7/1964), daß hier in der Tat eine schwache Stelle unserer wirtschaftlichen und politischen Ordnung liegt, die man nicht verharmlosen, der gegenüber man aber auch nicht resignieren sollte. Es gibt viele Gründe dafür, warum diese Stelle in unserer Bundesrepublik vielleicht besonders schwach ist. Sie können hier nicht in ihrer Vielfalt und wechselseitigen Verschränktheit aufgezeigt werden. Daß diese Schwäche im Angesicht der Bundestagswahl 1965 besonders penetrant in Erscheinung tritt, hat vor allem wohl folgenden Grund: Erstmals in diesem Wahljahr (wenn wir von 1949 absehen) scheint es sich um ein offenes Rennen zwischen den beiden großen Parteien zu handeln. Es geht für beide Parteien also um mehr als bei den vorhergehenden Bundestagswahlen.

Die CDU/CSU will nach langer Gewöhnung an den ungefährdeten Besitz der Macht weniger denn je riskieren. Sie kann es sich daher nicht leisten, ihren bisherigen wirtschaftspolitischen Stil des „Enrichissez-vous“ und eines widerspruchsvollen Erhaltungsinterventionismus zu ändern; denn eine solche Änderung würde kaum ohne das Eingeständnis möglich sein, in der Vergangenheit Entscheidendes versäumt zu haben. Eine solche Wandlung würde der CDU/CSU auch nicht gestatten, ihre altbewährten Slogans erneut einzusetzen — wie wenig auch schon jetzt von ihrem neo-liberalen Grundkonzept praktisch übriggeblieben sein mag.

Die SPD, lange im Wartestand der Opposition, hat mindestens seit Godesberg alles auf die Karte gesetzt, die nächste Bundestagswahl zu gewinnen. Die Kon-

zentration auf dieses Ziel hat zwar dazu geführt, daß diese Partei die Eierschalen einer marxistischen Orthodoxie endgültig abgestreift hat; sie hat aber auch bewirkt, daß die SPD ihre Rolle einer parlamentarischen Opposition kaum noch wahrnehmen mochte. Auch und gerade aus einer unorthodoxen Haltung hätte sich ein Programm entwickeln lassen, das sich, selbst für Laien erkennbar, von der bisher praktizierten „sozialen Marktwirtschaft“ unterscheidet. Dafür hat die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik Erhards in Form und Inhalt unter langfristigen Aspekten von Anfang an zu viel Raum für sachliche Kritik gelassen. Doch die wahlpolitischen Erfolge des Gegners veranlaßten die Opposition, sich in Praxis und Programm immer mehr dem Grundkonzept der Regierungsparteien zu nähern, was darum — sicherlich nicht ganz zu Unrecht — zu der ironischen Feststellung geführt hat: die Opposition wolle dasselbe wie die Regierungsparteien, sie wolle es nur noch etwas besser machen. Immerhin haben die wachsenden Wahlerfolge der SPD die taktische Richtigkeit dieser Technik bestätigt. Nur: Wird dieses Taktieren um die Wählerstimmen unserer Demokratie auf die Dauer gut bekommen? Und was wird aus den überfälligen großen strategischen Entscheidungen unserer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, die vielleicht schon in der nächsten Regierungsperiode unvermeidlich werden? Wer wird sie treffen können und wollen, wenn sie weit mehr verlangen als einen von wem auch immer revidierten Erhardianismus?

Der neue Vorsitzende der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie hat kürzlich mit Recht gesagt, die energiepolitischen Fragen ließen sich nicht durch wiederholte Bekenntnisse zur Marktwirtschaft lösen. Wie sehr auch der Energiewirtschaft ein marktwirtschaftlicher Wettbewerb not tun mag, die Deklamation orthodoxer Zauberformeln ist in der Tat auch dann nicht wirksamer, wenn diese Formeln liberaler Herkunft sind. Das gleiche gilt für Beschwörungen und Appelle an Interessentengruppen und Verbände, nicht mit immer neuen Ansprüchen aufzutreten, wenn die beschwörenden Politiker doch immer wieder nachgeben und sich damit um eine eigene konstruktive politische Entscheidung herumdrücken. Mit einem solchen Laisser-faire-Stil wird sich nicht weiter regieren lassen. Ob es sich um die Schul- und Hochschulreform, die Finanz- und Steuerreform, die Reform unserer Sozialpolitik oder um unsere Verkehrs-, Energie- und Agrarpolitik handelt, überall liegt es im argen, weil man niemandem weh tun will, oder weil das wirtschaftspolitische Instrumentarium, auf das man sich dogmatisch festgelegt hat, zu kümmerlich ist, um wirksamere Formen zu ermöglichen.

Welche Partei bei der kommenden Bundestagswahl die regierungsfähige Mehrheit gewinnen wird, ist daher nicht die entscheidende Frage, immer vorausgesetzt, daß jede neue Regierung Einsicht und Mut genug hat, diejenigen Unbequemlichkeiten und Opfer zu verlangen und durchzusetzen, die auf die Dauer unvermeidlich sind. Das wird nicht leicht sein, wenn man vor der Wahl nur beschönigt oder mehr versprochen hat, als man halten kann. Eine SPD-Regierung würde dabei überdies leicht in den Verdacht geraten, doch wieder „rückfällig“ zu werden, sobald sie sich genötigt sähe, über ein rein „marktkonformes“ Instrumentarium hinauszugehen — mögen die Gründe dafür auch noch so zwingend sein.

So gesehen, könnte man fragen, ob man der SPD überhaupt wünschen sollte, daß ihr die Regierung zufällt und sie dann die Schulden begleichen muß, die ihre Vorgänger hinterlassen haben. Denn es ist, wie das englische Beispiel zeigt, immer ein undankbares Geschäft, sich ein Alibi erst dann verschaffen, wenn man sich bereits in verantwortlicher Position befindet und die Unfälle der Vergangenheit evident werden. Dann wird es sich rächen, daß man nicht ausführlich und eindringlich genug auf die Versäumnisse der Vergangenheit schon vor der Wahl aufmerksam gemacht hat, weil man glaubte, den Wählern nichts zu-

muten und selbst nichts riskieren zu dürfen. — Dabei ist es durchaus offen, ob nicht die Wählerschaft erhebliche Belastungen vertrüge, wenn man ihr eindringlich und verständlich genug sagen würde, was notwendig und was nicht möglich ist.

Mit wachsendem Wohlstand mehren sich gerade bei denjenigen, denen unser politisches und wirtschaftliches Geschehen ein undurchdringliches Dickicht zu sein scheint, die Zweifel, ob es immer weiter so gut gehen kann. Auch hier hat der „Durchschnittsbürger wieder einmal recht, wenn auch nicht in den Gründen“ und wenn er auch nicht erkennen kann, was ihn eigentlich bedroht. Das gibt verantwortungsvollen Politikern die Chance zu sagen, was ist, wenn sie es mit Autorität und Überzeugungskraft zu tun vermögen. Autorität jedoch gewinnt nur, wer etwas riskiert und wer über das Ziel, die nächste Wahl zu gewinnen, seine eigentliche konstruktive politische Aufgabe nicht vergißt. Das gilt übrigens wie für die Wirtschaftspolitik in gleicher Weise für die Außenpolitik, die besonders deutlich im letzten Jahre wieder einen reaktiven Stil erkennen ließ.

*Heinz-Dietrich Ortlieb*

*„Reasonable persons may well differ over what is the major menace to our way of life in our time. There is Communism and also those who hold that it can be best extirpated by universal annihilation. The men who picture the American family poised in prayer around a Thanksgiving turkey with a word for life insurance, light beer or Coca-Cola worked gracefully into the text have a claim. So do the increasing numbers who defend low pecuniary interest on grounds of high moral principle—the industrial statesmen who selflessly resist wage increases to protect the community from inflation, and the large fruit and vegetable farmers who argue that minimum wages and working standards for migrant labour would be an interference with our treasured traditions of human liberty. Not for years, we should note, has anyone complained with candour that some reform would cost him money.*

*However, it is possible that our greatest danger, in these days of massive introspection, is from our terrible solemnity. For this is a serious source of inflexibility. Change and new evidence have a way of making previous convictions seem odd, even ridiculous. The reasonably relaxed man can accept correction without too grievous loss of dignity. But the solemn man cannot. He may have heard that the truth will set him free. But he rightly senses that it might also make him seem silly.“*

*John Kenneth Galbraith  
(in „The Liberal Hour“, London 1960)*

---

## **Bibliographie der Wirtschaftspresse**

Herausgegeben vom HAMBURGISCHEN WELT-WIRTSCHAFTS-ARCHIV

Dokumentation wirtschaftlicher und technischer Artikel der ausländischen Wirtschaftspresse

erscheint monatlich mit 48 Blatt

Bezugspreis jährlich DM 120,—

**VERLAG WELTARCHIV GMBH · 2 HAMBURG 20 · EPPENDORFER LANDSTR. 106**

---